

„Aber sie durchschauen nicht, worauf es ankommt“ (Röm 10, 2)¹

Rezension zu Wolfgang Benz (Hrsg.), Erinnerungsverbot? Die Ausstellung „Al Nakba“ im Visier der Gegenaufklärung. Metropol Verlag, Berlin 2023. 192 S.²

Gottfried Orth

„Nach 16 Jahren israelischer Militärblockade starteten palästinensische Kämpfer aus dem Gazastreifen einen beispiellosen Angriff, bei dem Hunderte von Israelis getötet und verwundet und Zivilisten entführt wurden. Die israelische Regierung erklärte den Krieg, startete Luftangriffe, bei denen Hunderte von Palästinensern getötet und Tausende verwundet wurden, bombardierte Wohnhäuser und drohte mit Kriegsverbrechen gegen die belagerten Palästinenser in Gaza. Die israelische Regierung mag gerade erst den Krieg erklärt haben, aber ihr Krieg gegen die Palästinenser begann vor über 75 Jahren. Die israelische Apartheid und Besatzung – und die Komplizenschaft der Vereinigten Staaten bei dieser Unterdrückung – sind die Quelle all dieser Gewalt. Die Realität wird davon geprägt, wann man die Uhr anstellt“ – so das „Die Wurzel der Gewalt“ überschriebene Statement der Jewish Voice for Peace vom 7. Oktober 2023. Und der Text endet mit der selbstkritischen Hoffnung: „Wir alle haben Befreiung, Sicherheit und Gleichheit verdient. Der einzige Weg dorthin besteht darin, die Ursachen der Gewalt zu beseitigen, angefangen bei der Mitschuld unserer eigenen Regierung.“³

„Die Realität wird davon geprägt, wann man die Uhr anstellt...“. Die vom Verein Flüchtlingskinder e.V. gestaltete „historisch präzise“ (Micha Brumlik, S. 47) Ausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ beginnt vor 75. Jahren. Das Wort „Nakba“ bedeutet „Zerstörung, Unglück, Katastrophe“. „Worum geht es? Um eine Ausstellung, die in Wort und Bild belegt, dass im Prozess der Gründung des Staates Israel in den Jahren 1947 und 1948 alles in allem 800 000 Palästinenserinnen und Palästinenser, sowohl langjährig geplant als auch spontan von jüdisch-israelischen Streitkräften vorsätzlich, aus ihrer Heimat vertrieben wurden, um ein einheitliches, jüdisch besiedeltes Staatsgebiet zu gewährleisten; eine Tatsache, die inzwischen auch von seriöser israelischer Forschung nicht mehr bestritten wird.“ (Micha Brumlik, S. 31) Doch „an die Nakba zu erinnern bedeutet, sich in Konfliktzonen zu begeben. Aus unterschiedlichen Gründen ist sie in Israel und in Deutschland, wenn nicht völlig unbekannt, dann als vermutete Parteinahme für Palästina und Affront gegen Israel stigmatisiert. Das erfahren auch die wenigen, die über den historischen Sachverhalt informieren wollen, auf Schritt und Tritt.“ (Wolfgang Benz, S. 9).

Die Ausstellung wurde bisher in Deutschland fast 200mal gezeigt. So war sie auch auf dem Ökumenischen Kirchentag in München 2010 und auf den Evangelischen Kirchentagen in Hamburg (2013), Stuttgart (2015), Berlin (2017) und Dortmund (2019) zu sehen. Beim Kirchentag in Nürnberg (2023) wurde sie von dessen Leitungsgremien unter dem Präsidenten

1 In der Übersetzung der Bibel in gerechter Sprache. Das Zitat in der Lutherübersetzung hat Reinhard Hauff als Überschrift seines Beitrages zum Verbot der Ausstellung auf dem Kirchentag 2023 gewählt. Es trifft freilich auch auf viele weitere kirchliche Stellungnahmen und Gebetsvorschläge für den Sonntagsgottesdienst seit dem 7. Oktober 2023 zu.

2 Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf das vorzustellende Buch.

3 <https://www.jewishvoiceforpeace.org/2023/10/statement23-10-07/?sourceid=1002365&emci=b5d3f301-5765-ee11-9937-00224832eb73&emdi=1279ec77-6865-ee11-9937-00224832eb73&ceid=201751>

des Kirchentages, dem CDU-Politiker de Maizière – trotz vieler, auch ausgesprochen prominenter Einsprüche und Proteste – begründungslos verboten.

Dieser offensichtliche Skandal und in der Geschichte der Kirchentage einmalige Vorgang einer bewussten Verhinderung von Aufklärung und Diskussion führte zu dem von Wolfgang Benz – ehemaliger Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin – herausgegebenen Buch, das ich in wenigen Ausschnitten vorstellen und einordnen möchte.

Im Anhang des Buches wird das Begleitheft, das den Inhalt der Ausstellung abbildet, dokumentiert. Auf 13 Tafeln werden – ohne jede Bewertung – die Ereignisse im Jahr 1948 in Palästina, die Nakba als Kontext der Gründung des Staates Israel, dargestellt. Die Diskussion, die auf dem Kirchentag „in engstirniger Observanz von falsch verstandenem Philosemitismus“ (Wolfgang Benz, S. 13) verweigert wurde, kann so nachgeholt werden – sie ist mehr als überfällig!

Der Band versammelt u.a. Autor:innen wie Aleida Assmann, Bashir Bashir, Micha Brumlik, Amos Goldberg, Ernst Tugendhat, Charlotte Wiedemann und Moshe Zuckermann. Ihre Texte beziehen sich auf das Verbot der Ausstellung und vornehmlich auf die Zeit von 1948 bis 2023 in Palästina/Israel und deren Vorgeschichte der Shoa. Sie machen deutlich, dass Tatsachen nicht durch Empörung und prohibitive Erinnerungspolitik aus der Welt zu schaffen sind: „Wenn die Gründung des Staates Israel sich in nicht geringem Maße der den Juden widerfahrenden Katastrophe des Holocaust ‚verdankte‘ (wie es Israel selbst immer wieder betont hat), die Errichtung des Staates Israel aber zwangsläufig mit der kollektiven Katastrophe der Palästinenser einherging, dann ist eine reale geschichtliche Verbindung vorhanden, ob man es nun artikuliert oder nicht.“ (Moshe Zuckermann, S. 10) Doch – so der Holocaust-Historiker „Omer Bartov, geb. 1954 – habe es damals zwei dominante Verneinungen gegeben: Nie über ein europäisches Gestern sprechen und nie über das Palästina, das es vorher gab. ‚Mit uns begann die Geschichte. Menschen wie ich galten als erste Generation von Einheimischen, während die Araber als die viel länger Einheimischen entnormalisiert wurden‘.“ (Charlotte Wiedemann, S. 49) Diese Entnormalisierung reicht freilich bis in die unmittelbare Gegenwart, wenn Minister Bezael Smotrich im Oktober 2021 in der Knesset arabischen Abgeordneten zurief: „Ihr seid nur hier, weil Ben Gurion den Job 1948 nicht zu Ende gebracht und euch herausgeworfen hat.“⁴

Angesichts solcher Aussagen, die keineswegs Ausnahmen sind, und ihres 75jährigen gewaltsamen Hintergrundes gehörte wenig Voraussicht dazu, wenn Muriel Asseburg im Mai 2023 vermutet hat: „Die Situation dürfte sich in nächster Zeit weiter zuspitzen. Denn die im Dezember 2022 in Israel gebildete Regierungskoalition zielt auf eine jüdische Vorherrschaft im gesamten Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan ab. ... Der erste Satz der Regierungsleitlinien lautet: ‚Das jüdische Volk hat ein exklusives und unveräußerliches Recht auf alle Teile des Landes Israel. Die Regierung wird die Besiedlung aller Teile des Landes Israel – Galiläa, den Negev, den Golan, sowie Judäa und Samaria (die biblischen Begriffe für das Westjordanland) fördern.‘“ (S. 90) Auch diese Aussage ist eine der Kontinuitäten der vergangenen 75 Jahre in Nahost und gegenwärtiger Schwerpunkt der rechtsradikalen Mitglieder der Regierung Netanjahu.

⁴ „Smotrich at Knesset: Ben Gurion should have ‚finished the job‘“. In: Times of Israel, 3.10.2021. Zitiert von Charlotte Wiedemann, Trauma 1948. S. 57.

Das Buch nimmt schließlich auch Stellung zur Frage der Kritik an der Politik des Staates Israel und deren bewusster Vermischung mit dem Antisemitismus-Vorwurf. So wird auch die Rede zur Eröffnung der Ausstellung aus dem Jahr 2008 dokumentiert, in der Ernst Tugendhat vorausschauend zur Frage der Kritik an Israel, die „immer schon, besonders aber in den letzten Jahren rechter Regierungskoalitionen als Antisemitismus abgeschmettert wird“ (Zuckermann, S. 61), Stellung nimmt: „Man kann sich vom Antisemitismus nicht befreien, indem man Juden für nicht kritisierbar erklärt, sondern nur, indem man sich zu ihnen wie zu normalen Menschen verhält, die wie alle Menschen je nach den Umständen, in dem, was sie tun, kritisiert oder gelobt werden können.“ (S. 182) Deutlicher wird 2019 Moshe Zuckermann: „Israel fügt also nicht nur den Palästinensern unermessliches Leid zu, sondern es erstickt mittlerweile an der eigenen Politik, weiß mithin selbst nicht mehr, wie es mit den selbst erzeugten Umständen umgehen soll. Wer Israels Politik heutzutage kritisiert, darf sich also nicht nur als Parteigänger der unterdrückten Palästinenser begreifen, sondern sich nicht minder als besorgter Sachwalter wirklicher israelischer Interessen fühlen. Schon lange treibt nicht wenige Bürger Israels die Ahnung um, dass Israel vor sich selbst gerettet werden müsse, wenn es historisch überdauern soll.“ (Zuckermann, S. 62). So schließt auch der Beitrag von Micha Brumlik mit der Sorge, dass dahingestellt bleiben muss, ob mit dem skandalösen Verhalten der Kirchentagsleitung „am Ende der israelbezogene Antisemitismus erst recht verstärkt wird: indem man dem Kirchentag sowie seinen auch jüdischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern nun leicht vorwerfen kann, die Wahrheit zu verschweigen“ (S. 47).

Das von Wolfgang Benz herausgegebene Buch ist insgesamt ein Lehr- und Lernbuch politischer Bildung hinsichtlich des Demokratie- und Politikverständnisses der für den Kirchentag in Nürnberg 2023 Verantwortlichen als auch zu 75 Jahren israelisch-palästinensischer Geschichte und ihrer Bezüge zur Bundesrepublik Deutschland. Dabei „steht im Mittelpunkt die Suche nach Verständigung und Versöhnung von Menschen aus dem jüdischen und dem arabischen Lager in Israel, die die versteinerte und tabuisierte Erinnerung durch ein gemeinsames historisches Bewusstsein ablösen wollen.“ (Wolfgang Benz, S. 10)

Als ein solches Lehr- und Lernbuch kann es nicht zuletzt ausgesprochen hilfreich sein für einen Beratungsprozess, den der Ökumenische Rat der Kirchen bei seiner Vollversammlung in Karlsruhe 2022 angestoßen hat und der in den deutschen Kirchen weitgehend totgeschwiegen wird. In der Entschließung zu diesem Beratungsprozess heißt es: „Kürzlich haben zahlreiche internationale, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen und juristische Instanzen Studien und Berichte veröffentlicht, in denen steht, die Politik und die Maßnahmen Israels liefen auf ‚Apartheid‘ im völkerrechtlichen Sinn hinaus. Innerhalb dieser Vollversammlung unterstützen einige Kirchen und Delegierte den Gebrauch dieses Begriffs nachdrücklich und machen geltend, er erkläre die Realität der Menschen in Palästina/Israel sowie die Position unter dem Völkerrecht zu treffen, während andere den Begriff unangemessen, nicht dienlich und schmerzhaft empfinden. Wir sind in dieser Hinsicht nicht einer Meinung. Wir müssen uns nach wie vor mit diesem Problem befassen, während wir auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens weiterhin zusammenarbeiten.“ Und dann folgen drei Aufgabenstellungen:

- Alle Mitgliedskirchen, denen ein anhaltender Friede und Sicherheit im Nahen Osten ein Anliegen ist, mögen sich aktiv an Bestrebungen für den Dialog mit allen Seiten

beteiligen, um eine Lösung zu finden, die die Menschenrechte achtet und gleiche Bürgerschaft für alle in der Region lebenden Menschen mit einschließt.

- Die weltweite ökumenische Gemeinschaft der Kirchen möge sich beraten und Gedanken machen über alternative Strategien, Perspektiven und umfassende Lösungen für Palästina/Israel, bei denen alle Menschen vor dem Gesetz die gleichen Rechte haben, im Gegensatz zum aktuellen System von Kontrolle, Ausgrenzung und Diskriminierung. ...
- Der ÖRK möge die Auswirkungen der kürzlich veröffentlichten Berichte von B'Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International untersuchen, diskutieren und erörtern und die Leitungsgremien mögen angemessen darauf reagieren.“⁵

Der am 7. Oktober 2023 ausgebrochene kriegerische Konflikt zwischen der Hamas und Israel nötigt einmal mehr den ökumenischen Weg der Gerechtigkeit und des Friedens im Blick auf Nahost wirklich gehen zu wollen. Es geht – nicht zuletzt – um Feindesliebe, um wechselseitige „Entteufelung“ (Ernst Lange) der Gegner in diesem Krieg. Und für uns in Deutschland und den Kirchen hier geht es um Information, Studium und Diskussion, Gebet und Aktion – im Interesse an Israel, Palästina und dem gesamten Nahen Osten.

⁵ www.oikoumene.org/de/resources/documents/seeking-justice-and-peace-for-all-in-the-middle-east. Vgl. dazu auch die vier Materialhefte zum ökumenischen Prozess für Gemeindegemeinschaften und Synoden, die vom Kairos Palästina Solidaritätsnetz herausgegeben worden sind:

Heft 1: Der Palästinensische Schrei nach Hoffnung und die Antwort der Kirchen.

Heft 2: Das System der Apartheid in Israel.

Heft 3: Wie können Kirchen in den USA und Europa helfen, Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina/Israel durchzusetzen?

Heft 4: Zionismus und die Kirchen – Eine Stellungnahme.